

Leiter der Studie: Prof. Dr. Michail Gorschkow, Direktor des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften

Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Meinungen zur Sozialpolitik in Russland

Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse
Bearbeitung: Dr. Matthes Buhbe

Vorbemerkung.

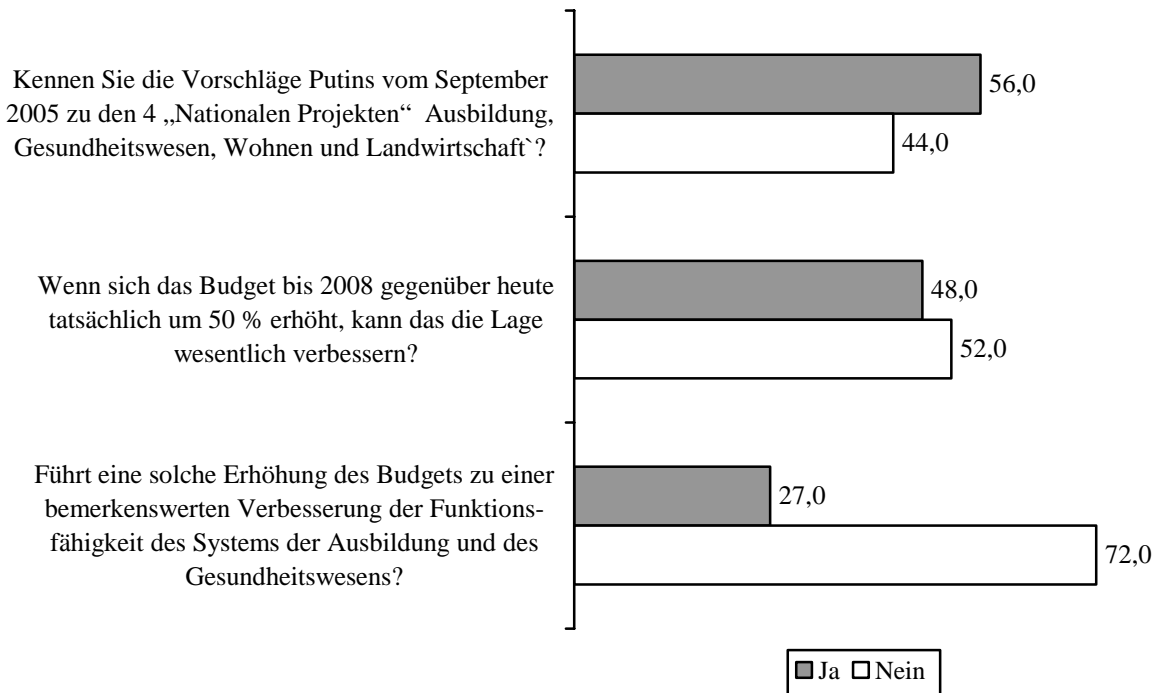
Im Frühjahr 2006 wurden landesweit 1750 Personen zu den eigenen sozialen Problemen und zu den Reformen seitens der Regierung befragt. Die Befragung kann als repräsentativ für die russische Gesamtbevölkerung gelten, da sie in Form gewichteter Untergruppen (Alter, Region, Schichtzugehörigkeit usw.) durchgeführt wurde.

1. Was sind und was bewirken die „Nationalen Projekte“?

Im Herbst 2005 schickte Wladimir Putin den bisherigen Leiter der Präsidentialverwaltung als stellvertretenden Ministerpräsident in die Regierung mit der zentralen Aufgabe, die so genannten Nationalen Projekte zum Erfolg zu führen. Die vier Projekte sehen staatliche Mehrausgaben im Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wohnungswesen und der Landwirtschaft vor. Von Russlands Führung werden die vier Projekte aus folgenden Gründen als Lösungsmöglichkeit für die *soziale Frage* angesehen. (1) *Gesundheit*: Russen haben die niedrigste durchschnittliche Lebenserwartung in Europa. Die ärmeren Schichten können die medizinischen Leistungen nicht bezahlen; eine kostenlose Krankenversorgung kann der Staat aber nicht bereitstellen. (2) *Bildung*: In der Selbstwahrnehmung fußen Russlands hohe kulturelle Leistungen sowie Erfolge in der Raumfahrt auf einem weltweit führenden Bildungssystem. Außerdem hängt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von der Qualität des Bildungssystems ab. Es ist heute jedoch in einem sowohl sozial ungerechten als auch qualitativ desolaten Zustand. (3) *Wohnungswesen*: Wohnraum war immer knapp, aber vom sozialistischen Staat hoch subventioniert. Wenn sowohl der Wohnraum als auch die entsprechenden Versorgungsdienste mit kostendeckenden Preisen an die Wohnungsinhaber gekoppelt werden, wird Wohnraum für die ärmeren Schichten unbezahlbar. Andererseits: Woher die Anreize für Instandhaltungsarbeiten und Neubauten nehmen? (4) *Landwirtschaft*: Im Gegensatz zu Moskau und den Provinzhauptstädten herrscht auf dem flachen Lande Stillstand, massiver Verfall der Wohnraumqualität und allgemeine Unterversorgung mit staatlichen Leistungen.

Kennen die Russen die „Nationalen Projekte“? Sollte es der Regierung wie geplant gelingen, die Staatsausgaben bis 2008 um insgesamt 50 Prozent zu erhöhen, würde dadurch die soziale Lage deutlich besser? Würde diese Erhöhung das Gesundheits- und Bildungswesen wesentlich verbessern? Die Antworten auf diese drei Fragen zeigt Schaubild 1.

Schaubild 1: Sind Ihnen die „Nationalen Projekte“ bekannt und werden sie wirken?



2. Wie wirken die Reformen allgemein und bezüglich der eigenen Lage?

Es gibt zahlreiche Reformen im Bereich der Renten, des Rentenalters, der medizinischen Versorgung, im Bildungs- und Wohnungswesen, die neben den Nationalen Projekten bereits begonnen oder beschlossen wurden. Allerdings belegt Tabelle 1, wie skeptisch sie beurteilt werden. Auffällig ist, dass besonders jene Reformen abgelehnt werden, die erst sehr kurz oder noch gar nicht in Kraft sind. Ein grundlegendes *Misstrauen* in Veränderungen der gewohnten Regeln durch Regierungshandeln könnte eine wesentliche Ursache dafür sein.

Tabelle 1: Sind die Reformen richtig und verbessern sie die Lage Ihrer Familie?

„Die folgende entweder schon erfolgte oder noch beabsichtigte Reform finde ich ...“	Richtig und Lage besser	Richtig, aber Lage schlechter	Falsch und Lage schlechter	Keine Kenntnis; weiß nicht
Renten: Kapitalansparung für Jüngere	13	23	18	46
Erhöhung des Renteneintrittsalters	4	8	75	13
Liste kostenfreier Arztleistungen	5	19	60	16
Studienabschluss „Bachelor / Masters“	15	11	17	57
Einheitliche Aufnahmeprüfung für Unis	23	21	20	35
Wohnungszuschüsse nur für Bedürftige	6	18	61	15
Monetarisierung von Vergünstigungen	19	21	36	23
Einheitliche Einkommensteuer (13%)	15	18	42	23

Es ist klar, dass die *Erhöhung des Renteneintrittsalters* nicht als eine Verbesserung der eigenen Lage gelten kann. Drei Viertel der Befragten betrachten sie jedoch als grundlegend falsch. Auch die Beschränkung *kostenloser medizinischer Leistungen* durch eine Positivliste und die Bezuschussung von Mieten, Nebenkosten und Gebühren im Bereich des *kommunalen Wohnungswesens* nur für die Ärmsten wird von der absoluten Mehrheit der Befragten als falsch

und als Verschlechterung der eigenen Lage beurteilt. Vergleichsweise milde beurteilt werden demgegenüber die bereits 2001 durchgesetzte *Reform der Einkommensteuer* (einheitlicher Steuersatz von 13 Prozent für alle Einkommensklassen) und die 2005 in Kraft getretene *Monetarisierung* von sozialen Privilegien (Abschaffung von Freifahrten von Kriegsveteranen im Nahverkehr usw.). Hinsichtlich der *Bildungsreformen* sind sehr viele Befragte nicht informiert oder ohne eigene Meinung. Die neue Zugangsberechtigung zu den Universitäten auf der Basis einer einheitlichen staatlichen Eignungsprüfung an den Oberschulen scheint allerdings auf ziemlich breite Zustimmung zu stoßen. Auch die Umstellung der *Rentenfinanzierung* auf ein Mischsystem, bei der der Kapitalmarkt eine größere Rolle als bisher spielen soll, findet doppelt soviel Zustimmung (36 Prozent) wie Ablehnung (18 Prozent) unter denen, die überhaupt eine Meinung dazu haben.

3. Staat der freien Bürger oder Fürsorgestaat für die Ärmern?

Soziale Reformen werden immer auch daran gemessen, ob das persönliche Einkommen hoch genug ist, um die *Selbstbestimmung des Lebens* für jeden einzelnen Bürger zu gewährleisten. Das ist 2006 nach Meinung der Russen weniger denn je der Fall. 77 Prozent glauben, dass die Mehrzahl ihrer Mitbürger ihr Leben *ohne ständige Obhut und Fürsorge des Staates* nicht bestreiten kann. Nur 12 Prozent glauben es. Der Rest gab keine Meinung an. In einer vergleichbaren Umfrage waren 1990 immerhin 22 Prozent der Meinung, ihre Mitbürger könnten ihr Leben ohne ständige Obhut und Fürsorge des Staates bestreiten, 61 wären dazu nicht in der Lage¹. In der Endphase von *Glasnost* und *Perestrojka* war also die Zuversicht in ein Leben ohne maßgebliche staatliche Abstützung ausgeprägter als heute. Natürlich spielt dabei nicht nur die Dynamik des (in landesdurchschnittlicher Ausstattung mit Gütern und Diensten messbaren) *absoluten materiellen Standards* wie auch des (nach schichtenspezifischen Ausstattungsniveaus gestaffelten) relativen Standards eine wesentliche Rolle, sondern auch das Maß der *Einkommensungleichverteilung*. In Tabelle 2 antworten die Befragten je nach Einkommensgruppe deutlich verschieden auf eine Lebensphilosophie des selbst zu erringenden materiellen Erfolgs im Leben.

Tabelle 2: *Bestimmt das Schicksal oder die eigene Tatkraft den materiellen Erfolg?*

<i>(Antworten in Prozent aller Befragten)</i>	<i>Hohes Einkommen</i>	<i>Mittleres Einkommen</i>	<i>Niedriges Einkommen</i>
Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.	59,0	45,0	32,0
Eine höhere Macht bestimmt darüber.	41,0	55,0	68,0

Tabelle 3 zeigt, dass nach überwiegender Meinung in den Bereichen *Gesundheit* und *Wohnen*, aber auch *Armut* und *Kriminalität* (persönliche Sicherheit) unter Putin eher Verschlechterungen eingetreten sind. Für die Bevölkerungsmehrheit hat sich das hohe allgemeine Wirtschaftswachstum der letzten Jahre offensichtlich nur im *lohnbestimmten Erwerbsleben* positiv niedergeschlagen. Steigende Bewertungen gibt es daher hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeiten und fehlender Arbeitslosigkeit sowie der Familien- und Kinderpolitik. (Putin hat darüber hinaus inzwischen in seiner Rede zur Lage der Nation höchste staatliche Priorität für die Anhebung der Geburtenrate Russlands angekündigt.)

¹ Gemäß Daten der „Omnibus-Studie“ (Омнибус) Nr. 17 des ВЦИОМ (Allrussisches Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung) vom Dezember 1990, in der diese Frage mit gleicher Formulierung gestellt wurde.

Tabelle 3: *Verbesserte Lebensbedingungen während der Präsidentschaft Putins?*

<i>Lage hat sich...</i>	<i>verbessert</i>	<i>unverändert</i>	<i>verschlechtert</i>
Krankenversorgung	13,0	43,0	43,0
Wohnsituation	10,0	46,0	42,0
Hochschulausbildung	13,0	52,0	34,0
Allgemeiner Lebensstandard	20,0	48,0	32,0
Ökologische Situation	7,0	48,0	32,0
Armut	16,0	53,0	31,0
Soziale Gerechtigkeit	11,0	58,0	30,0
Kriminalität (persönliche Sicherheit)	7,0	68,0	25,0
Rentenauszahlung	29,0	46,0	24,0
Familien und Mütter (Geburtenanstieg)	34,0	46,0	19,0
Arbeitslosigkeit	38,0	45,0	16,0
Erwerbsmöglichkeiten	43,0	43,0	13,0

4. Fürsorgestaat für die Ärmeren, aber nicht für die Ärmsten?

Welche Ziele sollte sich die staatliche Politik vorrangig setzen? Die Befragten konnten bis zu drei Antworten aus einer Liste auswählen. Am häufigsten wurde die Weiterentwicklung der *traditionellen Wirtschaftsbranchen* Russlands genannt, an zweiter Stelle *sozialstaatliche Hilfe* für die in Armut lebenden Bevölkerungsteile. Auf Platz drei bis fünf landeten die Verbesserung des Bildungssystems, die Anhebung (bzw. Angleichung) der Löhne und Gehälter und die Förderung der modernen, forschungsintensiven Wirtschaftsbranchen. Alle anderen Antwortmöglichkeiten wie Hebung von „Moral, Kultur und geistigen Werten“, Landesverteidigung oder Außenpolitik landeten auf hinteren Plätzen. Offenbar ist eine staatliche Wirtschaftsförderung in Verbindung mit Subventionen für die ärmere Hälfte der Bevölkerung das bevorzugte Politikmodell.

Man erwartet die Lösungen nicht von der Initiative der einzelnen Bürger oder der Leistungsfähigkeit der Unternehmen, die sich in alter Tradition stärker sozial engagieren könnten, sondern vom Staat. Das zeigt Tabelle 4. Darüber hinaus wird die *sozialstaatliche Hilfe* weiter gefasst als noch vor zehn Jahren. Dieser sollte in viel höherem Maße als noch 1996 alle Ärmeren unterstützen, nicht nur bestimmte Gruppen. Die individuelle Hilfe an besonders betroffene Armutsgruppen (Altersarmut, Erwerbsunfähigkeit) ist weniger populär.

Tabelle 4: *Was für soziale Sicherungen und wer soll die Ausgaben maßgeblich tragen?*

<i>Träger und anspruchsberechtigte Gruppen für soziale Leistungen</i>	1996	2006
Staat mit Leistungen nur an Rentner und Erwerbsunfähige (Invalide, Waisen).	37,0	15,0
Staat mit Leistungen auch an einige Bedürftige (Kinderreiche, Arbeitslose).	23,0	26,0
Staat mit Leistungen an alle Bedürftigen (die Ärmeren der Gesellschaft).	24,0	50,0
Soziale Sicherheit muss sich vorrangig an die Unternehmen halten.	9,0	3,0
Der Einzelne sollte seine Probleme selbst lösen, statt auf den Staat zu setzen.	7,0	5,0

Bringt man die Befragten in eine Rangfolge der materiell am besten gestellten 10 Prozent, der zweitbesten 10 Prozent usw., ergeben sich allerdings bemerkenswerte Unterschiede in der Befindlichkeit und der Problemwahrnehmung. Man sollte daher nicht von den *Lebensproblemen der Ärmsten* auf dementsprechende Ansichten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung schließen. Dies gilt umso mehr, wenn man die Gruppe der am Alltagsleben in Russland Verzweifelnden gesondert betrachtet. Diese bereits in einer früheren Untersuchung definierte

Gruppe², welche ungefähr den sieben Prozent Ärmsten der Bevölkerung entspricht, hat neben materiellen Sorgen sehr *existenzielle Ängste*: Vereinsamung, Hunger, Gewalt. Tabelle 5 stellt sie dem Durchschnittsbefragten gegenüber (in der Spalte „alle Befragten“). Der Durchschnittsbefragte rechnet sich zum ärmeren Teil der Bevölkerung und stellt seine schlechte materielle Lage bzw. sein niedriges Einkommen als wichtigstes Lebensproblem dar, gefolgt von *Gesundheitsproblemen*, *Problemen am Arbeitsplatz* und *mangelhafter sozialer Absicherung*. Die Intensität dieser Wahrnehmungsdifferenzen zwischen den Ärmsten und dem Durchschnitt lässt sich in der letzten Spalte von Tabelle 5 ablesen. Im Grunde genommen zählt sich der „Durchschnittsbefragte“ zu den *Ärmeren* der Gesellschaft und fordert eine Sozialpolitik, die mehr auf ihn eingeht und nicht so sehr auf die Ärmsten. Daher sind dessen Sorgen weniger Hunger und Schutzlosigkeit vor Gewalt und viel eher die „schlechte materielle Lage“ und die „mangelnde soziale Absicherung“ (Renten- und Gesundheitssystem, Berufsunfähigkeit). Wie oben bereits erwähnt, wird daraus ein Anspruch an die Politik abgeleitet, in erster Linie traditionelle Wirtschaftsförderung und eine breite Sozialpolitik zu betreiben.

Tabelle 5: Lebensprobleme der Russen mit Wahrnehmungsdifferenzen?

„Meine größten Lebensprobleme sind ...“ (es konnten mehrere Antworten angekreuzt werden)	Alle Befragten	Ärmsten	Differenz (%-Punkte)
Einsamkeit	4,0	100,0	96,0
Mangelnde Ernährung	5,0	92,0	87,0
Mangelnde Sicherheit vor Gewalt	7,0	92,0	85,0
Gleichgültigkeit von Seiten anderer Leute	4,0	88,0	84,0
Mangelnde Bekleidung und Schuhe	4,0	87,0	83,0
Probleme wegen Chancenlosigkeit auf Ausbildung	2,0	85,0	83,0
Probleme aufgrund der Dynamik der letzten Jahre	3,0	83,0	80,0
Mangelnde soziale Absicherung (Krankheit, Alter, ...)	20,0	98,0	78,0
Schädliche Gewohnheiten (Alkoholismus, Drogen, ...)	7,0	83,0	76,0
Probleme mit den Kindern	10,0	84,0	74,0
Probleme am Arbeitsplatz	24,0	88,0	64,0
Probleme, sich mit Verwandten / Freunden zu treffen	6,0	70,0	64,0
Probleme im Umfeld der Wohnung	15,0	77,0	62,0
Familiäre Probleme	20,0	75,0	55,0
Schlechte materielle Lage (niedriges Einkommen)	39,0	93,0	54,0
Gesundheitsprobleme (selbst oder in der Familie)	35,0	88,0	53,0
Mangelnde Gestaltungsmöglichkeiten der Freizeit	17,0	68,0	51,0
Zeitmangel, um die nötigen Alltagsdinge zu erledigen	14,0	63,0	49,0
Habe normales Leben ohne besondere Probleme	11,0	20,0	9,0

5. Was denken die Rentner über ihre Lage und die Monetarisierung?

Die pünktliche Auszahlung der Renten und die Anhebung des Rentenniveaus gelten als Markenzeichen der Putinschen Amtszeit. Trotzdem bilden vor allem die Rentner die untersten Einkommensschichten. Darum ist es nicht verwunderlich, dass es die politische Partei der Rentner gibt. Sie wurde bei Regionalwahlen sogar in einigen Fällen der letzten beiden Jahre zweitstärkste Kraft im Regionalparlament. Viele Rentner sind Nebenerwerbstätige. Demgegenüber stehen die erwerbslosen Rentner materiell besonders schlecht da und haben, wie Tabelle 6 zeigt, besonders negative Erwartungen für die nähere Zukunft. Die *Altersarmut* ist wohl der Hauptgrund dafür, dass besonders die Rentner gegen die Monetarisierung von Sach-

² Vgl. IKSI: „Gesellschaftsbild der Russen“; Soziologische Befragung und Analyse im Auftrag der FES, Moskau 2004

Tabelle 6: Hat sich ihre materielle Lage in den letzten zwei bis drei Jahren verbessert, und wird sie sich in den nächsten zwei bis drei Jahren verbessern?

Materielle Lage...	Erwerbslose Rentner	Erwerbstätige Rentner	Übrige Erwerbstätige
besser geworden.	6,0	11,0	21,0
verschlechtert.	40,0	28,0	29,0
wird besser.	8,0	10,0	41,0
wird schlechter.	40,0	44,0	19,0

leistungen sind, die bisher an Begünstigte ohne Berücksichtigung der individuellen Bedürftigkeit bzw. des individuellen Einkommens gingen (Veteranen, Helden der Arbeit usw.). Je jünger die Befragten, desto eher haben sie keine klare Meinung, ob die Monetarisierung (und damit Auszahlung je nach individueller Bedürftigkeit) richtig oder falsch ist; vgl. Tabelle 7.

Tabelle 7: Für mich bzw. meine Familie ist die Monetarisierung von Vergünstigungen...

Alter in Jahren	18 - 26	27 - 40	41 - 60	über 60
...richtig und verbessert die eigene Lage	21,0	17,5	19,5	20,0
...richtig, aber verschlechtert die eigene Lage	17,5	17,5	24,0	21,0
...falsch und verschlechtert die eigene Lage	29,0	33,5	36,0	45,0
Kenne ich nicht / habe keine klare Meinung.	33,5	32,0	21,0	12,0

Zum Schluss noch ein Befragungsergebnis zur Wohnungspolitik. Ein klares *njet* gab es auf die Frage (Schaubild 2), ob mit dem Regierungsplan, die Wohnnebenkosten zu „monetarisieren“, die versprochene Verbesserung der Wohnungsqualität einhergeht. Hier ist die Ablehnung in den Metropolen Moskau und St. Petersburg sogar deutlich größer als in der Provinz.

Schaubild 2: Werden die Reformen der kommunalen Wohnungswirtschaft die Qualität der angebotenen Dienstleistungen verbessern?

